



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

**Haushaltsplan 2015/2016;  
hier: Landesmittel zur Förderung von Wohnraum-  
bau und von Behindertenwohnbau  
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 66)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rahmen für Neubewilligungen für die Förderung von Wohnraum und der Rahmen für die Förderung von Behindertenwohnbau werden wie folgt geändert:

- Im Tit. 863 69 „Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung nach dem BayWoFG“ werden für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 jeweils Ausgabemittel in Höhe von 15.000,0 Tsd. Euro eingestellt.  
Die Verpflichtungsermächtigungen im selben Titel werden pro Haushaltsjahr von 153.683,0 Tsd. Euro um 110.000,0 Tsd. Euro auf 263.683,0 Tsd. Euro angehoben.
- Die Verpflichtungsermächtigungen im Tit. 863 66 „Darlehen des Landes zum Bau von Behindertenwohnbau“ werden pro Haushaltsjahr von 5.000,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 10.000,0 Tsd. Euro angehoben.

### Begründung:

Im Landesdurchschnitt zahlen Mieter in Bayern laut dem Dritten Sozialbericht der Staatsregierung mehr als ein Viertel ihres Nettoeinkommens (27 Prozent) oder 507 Euro monatlich für die Warmmiete. In den Ballungsräumen fällt dieser Anteil noch deutlich höher aus. Die Wohnungsmieten in Bayern sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. So erhöhten sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts die Mietpreise bayernweit zwischen 1995 und 2010 um 24 Prozentpunkte. Nicht nur München ist von diesen Entwicklungen betroffen, sondern auch andere Ballungsräume: Zwischen 2007 und 2012 sind die Mieten in Nürnberg jährlich um durchschnittlich 2,4 Prozent und insgesamt um 14,3 Prozent angestiegen, in Augsburg jährlich um 2,0 Prozent und insgesamt um 11,8 Prozent. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wurde durch den GBW-Verkauf noch einmal drastisch erhöht.

Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern nimmt immer mehr ab: Der Neubau von Sozialwohnungen federt noch nicht einmal den Verlust durch Auslaufen der Sozialbindung ab. Der Bestand von Wohnungen mit Sozialbindung im Freistaat ist von 2012 auf 2013 um mehr als 4.000 Wohnungen zurückgegangen. In Anbetracht dieser Entwicklung ist es umso verwunderlicher, dass die Staatsregierung ausgerechnet im von Innenminister Herrmann ausgerufenen „Jahr des Wohnungsbaus“ die Landesmittel für die Wohnraumförderung um insgesamt 51.317,0 Tsd. Euro kürzt.

Um der Ankündigung des Ministerpräsidenten, Bayern in den nächsten zehn Jahren von jeglichen Barrieren zu befreien, zumindest eine Chance auf Realisierung zu geben, ist eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Behindertenwohnbau erforderlich. Mit den zusätzlichen 5.000,0 Euro könnten etwa 1.000 neue barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.